



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2026/0353

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

12.05.2026

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	18.05.2026	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Resolution zur Stärkung der kommunalen Finanzen durch die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2026

**Anlage/n:**

0353 - Antrag

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister  
Stefan Hebbel  
Rathaus  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b  
51373 Leverkusen  
Telefon 0214 – 311 985 202  
Telefax 0214 – 311 985 200  
fraktion@levspd.de  
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 11.05.2026

**Antrag:****Resolution zur Stärkung der kommunalen Finanzen durch die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer**

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt folgende Resolution:

Der Stadtrat von Leverkusen stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Bewältigung der Finanzkrise der Kommunen und der anstehenden Transformationsaufgaben (u. a. Klimaschutz, Wärmeplanung, Sanierung der Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge) derzeit nicht auskömmlich ist.

Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag sowie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer zu schaffen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss an die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie an den Deutschen Städtetag / den Städte- und Gemeindebund zu übermitteln.

**Begründung:**

Die Stadt Leverkusen befindet sich in einer, lt. Oberbürgermeister, "historischen" Finanzkrise. Um den Anforderungen der Bezirksregierung an ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept nachzukommen, müssen die Einnahmen erhöht werden. Ausbaden müssen dies die Einwohner\*innen in Leverkusen. Beispielsweise in Form der geplanten Erhöhung der Grundsteuer B.

Mehrfach wurde der Leverkusener Politik in diesem Zusammenhang kommuniziert, dass die Bezirksregierung von der Stadt insbesondere den Willen erkennen muss, alles zu tun, um eine zeitnahe Verbesserung der eigenen Finanzen zu erreichen. Auch wenn es nicht in kommunaler Hand liegt, die Vermögensteuer wieder einzuführen, so unterstreicht dieser Beschluss die Entschlossenheit aller Beteiligten, den Auflagen der Bezirksregierung nachzukommen.

Vielen weiteren Kommunen in Deutschland geht es sehr ähnlich. Und zwar nicht, weil überall Misswirtschaft herrscht, sondern die Unterfinanzierung der Kommunen ein strukturelles Problem ist, das eine Antwort auf Bundesebene erfordert. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, zur besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen in Zeiten der Not, ist legitim, leistungsgerecht und dringend nötig.

Dieser Beschlussvorschlag basiert auf einer Initiative des Kollektivs „FunFacts“ namens VERGNÜGT:

Vermögens- und  
Erbsteuer

Retten

Gemeinden in

Not

Über

Gerechte

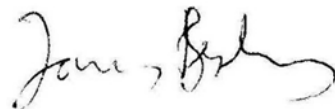
Trägerabgabe

Informationen unter [www.vergnuegt.info](http://www.vergnuegt.info) und <https://weact.campact.de/petitions/kommunen-starken-macht-vergnuegt>.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Konrad  
Baupolitischer Sprecher



Jonas Berghaus  
Stv. Fraktionsvorsitzender



Dirk Löb  
Fraktionsvorsitzender